

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



## „Demokratieschädigende Vorfälle nicht hinnehmen!“

**Demokratieschädigende Vorfälle in unserem Land sind nicht hinzunehmen: Aus leider gegebenen Anlässen trat der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer mit einer politischen Erklärung warnend gegen solche Tendenzen, die sich in letzter Zeit häuften, auf.**

**D**er Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus beschäftigte sich in seiner Sitzung am 12. Juni ausführlich mit einigen demokratieschädigenden Vorfällen in jüngster Zeit. In einer Erklärung zur politischen Lage ist der Bundesvorstand auf folgende Punkte detailliert eingegangen:

- Das Verhalten jenes Richters in einem NS-Wiederbetätigungsprozeß gegen einen Wiener Berufsschullehrer, welcher während des Unterrichts antisemitische und fremdenfeindliche Äußerungen machte, wird verurteilt und die rasche Reaktion des Justizministers begrüßt. Der Richter Hans-Peter Januschke wäre zumindest bis zur Entscheidung der Disziplinarkommission zu beurlauben (siehe Seite 4).

- Über die Aussagen von Mitarbeitern des Bundesheeres, insbesondere von Hans Magenheimer, in denen ein „Präventivkrieg“ der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion behauptet, auch vor „Überfremdung“ gewarnt wird sowie Widerstandskämpfer diffamiert werden, äußert der Bundesvor-

stand Abscheu und Empörung und appelliert an alle Demokraten im Bundesheer, sich von solchen Tendenzen zu distanzieren (siehe Seite 6).

- Eine auflagenstarke Tageszeitung im Kleinformat kann es nicht lassen, den früheren Bundeskanzler Fred Sinowatz zu schmähen. Dies im Zusammenhang mit einer Rezension eines von Kurt Waldheim verfaßten Buches. Die Freiheitskämpfer verurteilen die Angriffe auf einen Mann, der sich als Unterrichtsminister und Bundeskanzler

große Verdienste um unsere Republik erworben hat.

- Mit aller Schärfe wendet sich der Bundesvorstand gegen die unqualifizierten Angriffe freier Abgeordneter auf Bundesminister Caspar Einem. In widerlicher Art wird Einem diffamiert, auch in Angelegenheiten, die längst geklärt sind. Die Verleumder in der FPÖ halten sich offenbar an die Methode eines Josef Goebbels, der den Standpunkt vertrat: Eine Lüge muß man nur oft genug wiederholen, irgendwann wird sie als

Wahrheit zur Kenntnis genommen. Der Bundesvorstand drückt Minister Einem seine Solidarität und sein Vertrauen aus; dieser ist ein der Toleranz und Menschlichkeit zutiefst verbundener Politiker.

- Nach dem Attentat in Oberwart, bei dem vier Roma ihr Leben lassen mußten, sprach FPÖ-Obmann Jörg Haider von der Möglichkeit einer „Fehde unter den Roma“. Nachdem nun erwiesen ist, daß der Sprengstoff, mit dem die vier Roma ermordet wurden, derselbe ist, der auch für die Briefbomben verwendet wurde, wäre es an der Zeit, daß Haider seine falschen Behauptungen in aller Form zurücknimmt. (Haider hat dies kurz nach dieser Erklärung getan). ■



**Die Spitze der Republik und der Stadt Wien eröffnete das Roma Kulturzentrum in Wien Döbling. (2.von links: Obmann Sarközy vom Roma-Kulturverein).**

# Haider vom EU-Parlament geächtet

**Das Europäische Parlament hat Jörg Haider mit großer Mehrheit geächtet und seine Partei als Kristallisationspunkt von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bezeichnet.**

**D**as EU-Parlament hat am 9. Mai 1996 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus aufs schärfste verurteilt. Und es hat dabei auch Namen genannt, womit ganz klar wurde, wer gemeint ist: den österreichischen FPÖ-Führer Jörg Haider und den französischen Rechtsradikalen Le Pen.

Der niederländische EVP-Abgeordnete Arie Oostlander legte einen Bericht des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten vor, in dem es wörtlich heißt: „Die rassistischen Parteien stellen den Kristallisationspunkt von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in der Gesell-

schaft dar. Ihre Ächtung und die Isolierung ihrer politischen Führer wie Le Pen, Haider u.a. in der Union sind für die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus notwendig.“ Dieser Bericht wurde vom Europäischen Parlament mit 127 zu 88 Stimmen angenommen; die Gegenstimmen kamen zumeist von konservativen Abgeordneten und natürlich von den Betroffenen.

Für die österreichischen SP-Ab-



**SPÖ-Spitzenkandidat für das EU-Parlament, Dr. Hannes Swoboda (mit dem Kanzler): „FPÖ in Straßburg völlig isoliert“**

geordneten im Europa-Parlament ist dieser Bericht „ein wichtiger Erfolg gegen zunehmende nationalistische Strömungen in Europa.“ Das Ab-

stimmungsergebnis zeige einmal mehr, wie gering das Ansehen der Freiheitlichen international ist und welchen Schaden Haiders nationalistische Ausritte dem Ansehen Österreichs zufügen. Der SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Stadtrat Hannes Swoboda, kommentierte: „Es wird tagtäglich deutlicher, daß sich FPÖ-Obmann Haider durch seine Aktionen aus dem politisch-demokratischen Leben ausgrenzt.“ Damit werde auch klar, daß es keinen Sinn hat, bei den Wahlen zum EU-Parlament FPÖ zu wählen: „Die Freiheitlichen verfügen in der Union über keine Gesprächspartner mehr“. Ganz abgesehen davon, würde es auf Österreich ein ungutes Licht werfen, wenn Haiders Partei mit einer verstärkten Mannschaft in Straßburg einziehen würde. ■

## Das alles ist kein „Spaß“.

Rechtsextremistische Handlungen werden oft aus Unüberlegtheit oder Geltungsdrang begangen. Über die Strafbarkeit wird nur selten nachgedacht, manche halten es für „Spaß“. Deshalb hat das Bundesministerium für Inneres ein Merkblatt herausgegeben, dessen Inhalt insbesondere jungen Menschen zur Kenntnis gebracht

werden sollte. Strafhandlungen - die von einfachen Verwaltungsübertretungen bis zu Verbrechen, die vor Gericht führen, reichen - können schon durch Verbreitung von fremdenfeindlichen, antisemitischen, neonazistischen Computerspielen, durch das Tragen eines T-Shirts mit Hakenkreuz oder SS-Rune, durch Tätowierung dieser Zeichen,

durch „Heil Hitler“-Rufe verübt werden. Strafrechtlich besonderes schwerwiegend sind Taten, die vom Verbotsgesetz erfaßt werden, etwa die Verherrlichung nationalsozialistischen Gedankenguts oder die Verharmlosung oder Leugnung („Auschwitz-Lüge“) der Verbrechen des NS-Regimes -

egal, ob das gesprochen oder geschrieben geschieht. Fremdenfeindliche Handlungen werden vom Strafgesetzbuch (§ 283) geahndet.

„Rechtsextremistisches Handeln zahlt sich nicht aus“, mahnt das Merkblatt des Innenministeriums. Jeder Schüler und Lehrling sollte sich die schwerwiegenden Folgen vor Augen halten.

# Vor 60 Jahren: Österreicher für Spaniens Freiheit

**Vor 60 Jahren brach der durch einen Militärputsch provozierte Spanische Bürgerkrieg aus. In diesem - nach den Februarkämpfen in Österreich ersten und nunmehr auch internationalen - bewaffneten Widerstand gegen den wachsenden Faschismus kämpften auch 1.500 Österreicher als Freiwillige.**

**A**m 17. Juli werden es 60 Jahre, daß in Spanien eidbrüchige Generäle unter dem Schlagwort „Kampf dem Bolschewismus“ gegen eine demokratisch gewählte Regierung, in der es weder Sozialisten, noch Kommunisten oder Anarchisten gab, putschten. Die damals ultra-reaktionäre Kirche Spaniens segnete den Aufstand als „Kreuzzug“, und nur mit Hilfe des faschistischen Italien, Nazi-Deutschlands, von Fremdenlegionären und marokkanischen Söldnern, bei wohlwollendem „Wegschauen“ Englands und Frankreichs, blieben die von General Franco geführten Putschisten nach drei Jahren siegreich.

Auf Seiten der Republik kämpften 35.000 bis 40.000 Freiwillige aus rund 50 Ländern, darunter 1.500 Österreicher, die meisten von ihnen im Bataillon „12. Februar 1934“ der deutschsprachigen 11. Internationalen Brigade. Die Kompanien dieses Bataillons führten die Namen Georg Weis- sel, Koloman Wallisch, Franz Münichreiter und Josef Gerl.

Wer waren diese Freiwilligen, von denen heute noch 60, darunter 3 Frauen, die im Sanitätsdienst tätig waren, am Leben sind? Die ersten waren solche, die schon beim Ausbruch der Kämpfe in Spanien lebten. Sie waren über das ganze Land verstreut und melde-

ten sich, je nach politischer Überzeugung, zu den diversen Partei- und Gewerkschaftsmilizen, die zum Schutz der Republik ins Leben gerufen wurden.

Als sich abzeichnete, daß der Aufstand keineswegs eine Angelegenheit von wenigen Tagen sein

würde, ja, daß er am Widerstand der breiten Volksmassen scheitern könnte, bat Franco Hitler und Mussolini um Hilfe. Deren Flugzeuge transportierten Fremdenlegionäre und Marokkaner auf das europäische Festland. Aus einem gescheiterten Putsch wurde der Spanische Bürgerkrieg. Erstes Ziel der Operationen der aufständischen Militärs war die Hauptstadt Madrid. Am 22. Oktober 1936, als die Stadt unmit-



**Interbrigadisten aus Österreich: In der vorderen Reihe Bernlochner, Schweiger, Ferk; dahinter Chladek, Stadler, Landauer; hinten stehend Bily; ganz rechts Operschall (?)**

telbar vor dem Fall schien, wurden in Albacete die ersten zwei Internationalen Brigaden, insgesamt 3.500 Mann, aufgestellt. Sie trugen dazu bei, daß der Großangriff der Putschisten auf die Hauptstadt damals scheiterte. „No pasaran“ (sie werden nicht durch-

kommen) wurde zur geflügelten Parole des internationalen Kampfes gegen den Faschismus, das berühmte Kampflied „Die Herren Generale“ erinnert an diese Situation. In diesen ersten Brigaden waren bereits Österreicher, zum Teil waren sie aus der Sowjetunion - von dort kamen ausschließlich Schutzbündler - eingetroffen. Von diesen 164 blieben 31 in Spaniens Erde. Der Großteil der

österreichischen Freiwilligen kam jedoch aus Österreich selbst, vom Austrofaschismus in die Illegalität gedrängte Linke, auch ausgesprochene Individualisten. Durch niemanden unterstützt, kamen manche sogar mit dem Fahrrad. Im Spanien-Archiv des DÖW wird die Zahl von insgesamt 1.363 österreichischen Freiwilligen ausgewiesen, dazu kamen die etwa hundert Österreicher in anderen,

spanischen Einheiten; 230 von ihnen sind gefallen, weitere 100 ließen im Zweiten Weltkrieg, im Kampf gegen Hitler, ihr Leben. Auch der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer nahm den 60. Jahrestag des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs zum Anlaß, in seiner Erklärung zur politischen Lage auf diese Vorgänge hinzuweisen und der im Kampf für Spaniens Freiheit gefallenen Österreicher zu gedenken. ■

# Ein solcher Richter ist untragbar!

**Was sich der Richter Dr. Januschke in einem NS-Wiederbetätigungsprozeß glaubte erlauben zu können, hat alle Grenzen des Tragbaren überschritten. Die Republik muß sich vor solchen Richtern schützen!**

Unglaublich, was sich in einem österreichischen Gerichtssaal fünfzig Jahre nach dem Wiedererstehen der Republik abspielen kann! Wobei es keineswegs nur darum geht, daß ausgerechnet ein Mann, der die Jugend ausbilden soll, der Berufsschullehrer Richard R., wegen NS-Wieder-

berätigung angeklagt ist. Obwohl es schon schlimm genug ist, wie lange es gebraucht hat, bis die im

Unterricht verwendeten rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Äußerungen gerichtsbekannt wurden.

Was aber noch schwerer wiegt, ist, daß der Richter offenbar seine Rolle mit der eines Anwalts vertauschte, die Äußerungen des Herrn R. verharmloste und die jungen Zeugen zu verunsichern suchte. Hier ein paar Originalzitate aus der Verhandlung des Richters Hans Peter-Januschke: Als ein Schüler aussagte, R. habe gemeint, Österreich gibt's nicht, „Österreich ist eigentlich die Ostmark“, wußte der Richter: „Das ist ein historischer Begriff, denn es seit tausend Jahren gibt.“ Womit Januschke, abgesehen von der tendenziösen Zurecht-

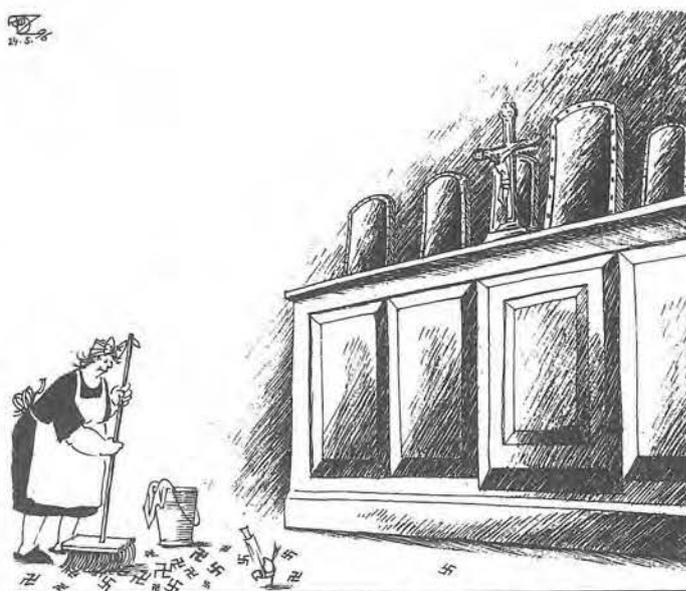
weisung des Zeugen, irrt: der deutsche Ausdruck „Ostmark“ wurde im Mittelalter nicht für Österreich verwendet, er stammt aus dem 19. Jahrhundert.

Oder zur Behauptung R.s, Österreich gehöre „sowieso“ zu Deutschland, mußte sich der Zeuge fragen lassen „Was an dieser Äußerung empfinden Sie als rechtsradikal?“

Eine ebenso eigenwillige Interpretation fand Januschke für die „Auschwitz-Lüge“: „Zur Auschwitz-Lüge gehört die generelle Leugnung der Massenvernichtung, nicht die partielle“. Und freundlicherweise „verdeutlichte“ der Richter ganz offensichtlich mit dem Blick

Richter als „Verteidiger“ des Angeklagten?

19. 5. 2



auf die Geschworenen - die Feststellung des Angeklagten, im KZ Dachau sei niemand vergast worden: „Sie meinten, Dachau war kein Vernichtungslager, sondern für Asoziale, Zigeuner und dergleichen“. Mit „dergleichen“ waren offenbar auch die zehntausend österreichischen Patrioten gemeint, die gleich nach dem deutschen Einmarsch nach Dachau gebracht und dort (oft zu Tode) gequält wurden.

Justizminister Michalek und der Wiener Landegerichtspräsident haben diesen Skandal rasch beendet. Januschke wurde die Verhandlung entzogen; der Prozeß wird im Herbst unter einem anderen Richter neu aufgerollt. Ein Disziplinarverfahren wird untersuchen, ob sich die Republik einen Richter wie Januschke weiter leisten kann. Erfreulich ist auch, daß die Medien Januschke einhellig verurteilten. ■

## Abberufung begrüßt!

Unser Bundesvorstand und schon zuvor der Landesvorstand Wien begrüßte die rasche Reaktion von Justizminister Michalek und die durch den Präsidenten des Wiener Landesgerichts verfügte Abberufung des Richters Hans-Peter Januschke, der in seiner Ver-

handlungsführung eine deutliche Sympathie für einen wegen Wiederbetätigung angeklagten Berufsschullehrer gezeigt hatte. „Es ist für die Opfer des Faschismus unfassbar, daß es heute, 51 Jahre nach dem Holocaust, noch einen solchen Berufsschullehrer und

vor allem einen Richter gibt, der hier Verständnis bekundet“, heißt es in der Resolution. Begrüßt wurde weiter die rasche Reaktion der Österreichischen Richtervereinigung, die sich von Januschke distanziert und ein Ausschlußverfahren eingeleitet hat.

# Mauthausen mahnt: Den Anfänger wehren!

Die internationale Kundgebung am 5. Mai anlässlich der Feier zum 51. Jahrestag der Befreiung des KZs Mauthausen fand ihren Höhepunkt in einer Rede von Innenminister Caspar Einem. Er warnte vor Aufputschung und Haß als politische Mittel, die schließlich zur Gewalt führen würden.

**B**emerkenswert war, daß an der diesjährigen Feierstunde viele junge Gesichter zu sehen waren. Neben den Wienern, die mit vier Bussen (einem für die Jugend) kamen, waren insbesondere die Freiheitskämpfer Oberösterreichs mit einer starken Delegation vertreten. Neben Einem sprachen auch EU-Kommissar Fischler und der Präsident des Roma-Kulturvereins Rudolf Sarközy. Eine Roma-Gruppe gestaltete auch das Kulturprogramm. Caspar Einem zitierte den Bericht des Schriftstellers Carl Zuckmayer über die Vorgänge in Wien, wo es unmittelbar nach dem Einmarsch Hitlers zu beschämenden Exzessen des Antisemitismus seitens eines Teils der Bevölkerung - und nicht nur der Nazi - kam. Der Minister dazu: „Mauthausen ist lediglich ein entsetzlicher Höhepunkt einer

Entwicklung. Und die, die für diese Entwicklung - in der einen oder anderen Form - verantwortlich waren, waren Menschen wie wir. Ihnen fehlte allerdings unsere Erfahrung und unser Wissen von heute. Sie lebten 51 Jahre früher. Aber falls wir nicht in der Lage wären, aus diesem Wissen Lehren zu ziehen, unterschiede uns außer den 51 Jahren weiter nichts.

Zu fragen ist daher, was es ist, das derartige Entwicklungen ermöglicht, oder noch besser: Was kann getan werden, daß solche Entwicklungen nicht mehr möglich sind? Was mußte geschehen, damit diese Art von Menschenjagd, von der Unterdrückung bis zur Vernichtung, ausbrechen konnte? Was muß zuvor in denen vorgegangen sein, die das zugelassen, selbst betrieben oder nicht verhindert haben, nicht gesehen ha-



Das internationale Mauthausen-Komitee beim Lagereingang

ben wollen?“

Nach Ansicht Einems führten wohl eine tiefe Verunsicherung und Orientierungslosigkeit, tief sitzende Ängste vor Arbeitslosigkeit, sozialer Entwurzelung, Armut und Hilflosigkeit zu diesen schrecklichen Entladungen. Das mache es jenen leicht, die „einfache Lösungen“ anbieten, wobei es immer das einfachste ist, andere schuldig sein zu lassen am eigenen Schicksal. „Das scheint in Österreich ganz besonders verbreitet“.

Zweifelloos sei - in Österreich wie in der EU - der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und ihre verheerenden Wirkungen vordringlich, denn Hoffnungslosigkeit von Millionen Menschen wäre politischer Sprengstoff. Zugleich aber müsse der Verrohung der Sprache, der offenen Schuldzuweisung an Gruppen (etwa, wenn alle Rumänen zu Tresorknackern, alle Nigerianer zu Rauschgifthändlern gemacht werden) entgegengetreten werden: „Zu dieser Verrohung trägt ein Sprachgebrauch bei, der nachvollziehbare Ängste und Ver-

unsicherungen aufputscht zu Haß, indem er ihnen Schuldige liefert“. Der Haß aber helfe nicht gegen die Probleme der Arbeits-



**Einem: Den Anfängen wehren** losigkeit, der Vereinsamung, der Angst- deshalb werde er gesteigert, führe schließlich zur Gewalt. „Die Wiederkehr von menschenverachtendem Haß, von Aufputschung als Mittel der Politik, von Mißbrauch der Sorgen und Verunsicherungen zahlreicher Menschen - das alles gibt es auch heute. Und das alles kann auch heute zu einer Entwicklung beitragen, die es rechtzeitig und mit den Mitteln der Demokratie zu verhindern gilt.“



Die Delegation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer

# „Revisionist“ als Lehrer des Bundesheeres

Das Bemühen der sogenannten „Revisionisten“ ist darauf ausgerichtet, die Schuld Hitler-Deutschlands am Zweiten Weltkrieg zu relativieren oder überhaupt zu leugnen. Empörend ist, daß auch von einem Lehrer an der österreichischen Verteidigungsakademie die These von einem „Präventivkrieg“ Hitlers gegen die Sowjetunion vertreten wird.

Der neueste, nach Öffnung der sowjetischen Archive verbreitete Reinwaschungsversuch der Revisionisten ist, daß das Dritte Reich einen Präventivkrieg führen mußte, um einem Angriffsplan Stalins zuvorzukommen. Solche Theorien werden von ernsthaften Historikern mit guten Gründen ins Reich der Legende verwiesen. Zwar hat Stalin durch seine Zustimmung zu einem Nichtangriffspakt mit Berlin Hitler freie Hand zum Überfall auf Polen gegeben, und ebenso mag er damit gerechnet haben, daß eine gegenseitige Zerfleischung der „kapitalistischen“ Staaten ihm große Machtvorteile bringen würde. Und selbstverständlich hat der sowjetische Generalstab, wie alle derartigen Institutionen auf der Welt, auch Pläne für den „Fall X“ eines Krieges mit Deutschland ausgearbeitet.

Indes läßt sich die revisionistische Behauptung, Hitler sei zu seinem Angriff am 22. Juni 1941 von den Russen provoziert worden, eindeutig widerlegen. Erstens, weil die Nazi-Propaganda von solch einer bequemen Ausrede nie Gebrauch gemacht hat. Zweitens, weil Hitler die „Aktion Barbarossa“ schon 1940 vorzubereiten begann. Selbst noch 1945 beklagte er sich darüber, daß ihn Mussolinis Niederlagen

in Griechenland zum Eingreifen auf dem Balkan gezwungen und so den Rußland-Feldzug verzögert hätten. Ebenso wenig wurde der Krieg als „Kreuzzug“ zur Befreiung der sowjetischen Völker von der Stalin-Diktatur geführt, sondern der Traum vom „Lebensraum“ im Osten, schon in „Mein Kampf“ angekündigt, sollte durch einen Vernichtungskrieg realisiert werden.

Schließlich gibt es Hinweise darauf, daß Stalin den alarmierenden Mitteilungen aus deutschen Widerstandskreisen selbst noch am Tag des Kriegsausbruchs nicht geglaubt hat.

Dennoch hält der Universitätsdozent Dr. Heinz Magenheimer daran fest, daß „die Wehrmacht der Roten Armee nur um wenige Wochen zuvorgekommen“ sei; wäre Stalins Plan Wirklich-

keit geworden, „hätte der Weltkrieg bereits Ende 1941 mit einem sowjetischen Totalsieg geendet“ (in „Die Presse“ vom 22. April 1996). Leider sind das nicht nur abwegige Ansichten eines Privatgelehrten, sondern Magenheimer, der auch in rechtsextremen Zeitschriften publiziert, lehrt an der Landesverteidigungsakademie des österreichischen Bundesheeres. Deshalb richteten sozialdemokratische Abgeordnete mit Brigitte Ederer an der Spitze eine Anfrage an Verteidigungsminister Fasslabend, ob ein Verbreiter derartiger Thesen beim Bundesheer lehren und sie in der aus Steuergeldern finanzierten „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ verbreiten dürfe? Ederer in einem Interview: „Derartige Aussagen lassen sich im ideellen Vorfeld der Wiederbetätigung ansiedeln.“ Eine Antwort Fasslabends steht noch aus, doch will Ederer in einem Gespräch mit dem Minister keinesfalls lockerlassen. Die Freiheitskämpfer wissen sich da einer Meinung mit der SPÖ-Bundesgeschäftsführerin: „Auf solche Vortragende und Artikelschreiber kann das Bundesheer verzichten“, heißt es in der Erklärung des Vorstands abschließend zum Protest gegen Magenheimer (vgl. Seite 1). ■

## Stalingrad: Eine Tafel fehlt

Der tendenziöse Versuch, Hitlers Angriff auf die Sowjetunion mit „wissenschaftlichen“ Thesen in einen Verteidigungskrieg umzulügen, kommt Rechtsradikalen und Ewiggestrigen natürlich zupaß. Davon konnten sich das österreichische Fernsehpublikum in der Reportage überzeugen, die vom ORF über die Einweihung des Stalingrad-Denkmal im Gebiet dieser menschenmordenden „Wendeschlacht“ des Zweiten Weltkriegs ausgestrahlt wurde. Da hörte man einen Teilnehmer, der zu den wenigen Überlebenden gehörte, sagen, daß er und seine Kameraden hier an der Wolga „die Heimat“ verteidigt hätten. Solche Ansichten, und die Gefahr,

daß hier ein Wallfahrtsort für Kameradschaftsbünde und Ewiggestrige (auch aus Deutschland) entstehen könnten, machen das Denkmal so umstritten. Das lag sicherlich nicht in der Absicht wohlmeinender Initiatoren, wie Ex-Bürgermeister Helmut Zilk, die hier einfach der zahllosen Opfer gedenken wollten. Aber man muß jenen russischen Veteranen aus Wolgograd zustimmen, die zumindest einen klaren Hinweis auf der Tafel zu dem Mal vermißten, welche verbrecherischen Absichten und Befehle die österreichischen (und deutschen und rumänischen) Soldaten in dieses Massengrab weitab ihrer Heimat geführt haben.

### • O-Ton Pawkowicz

Der Parteiohmann der Wiener FPÖ macht aus seinen wahren Ansichten kein Hehl. Er präzisierte das Nein seiner Fraktion zur Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens an die Historikerin Erika Weinzierl damit, daß es sich um den „falschen Orden“; denn einen Orden für „antifaschistischen Fleiß“ - so der Originalton des FP-Spitzenkandidaten - gebe es im Land Wien nicht.

### • Ehrengrab für Euthanasie-Opfer

Die in einem Gedenkraum im Wiener psychiatrischen Krankenhaus untergebrachten Hirnpräparate von 80 NS-Opfern werden in einem Ehrengrab der Stadt Wien beigesetzt. In der Abteilung „Am Spiegelgrund“ wurden in der Nazizeit behinderte Kinder systematisch getötet und deren Gehirne für „wissenschaftliche“ Untersuchungen präpariert.

### • Jochmann-Symposium

Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe fand ein von der SPÖ-Simmering veranstaltetes Rosa-Jochmann-Symposium statt. Wir werden in der nächsten Nummer darüber berichten.

## Schipany-Gasse in der Leopoldstadt

Zur Erinnerung an den vor 55 Jahren von Himmlers Schergen zusammen mit 19 anderen Widerstandskämpfern ermordeten Franz Schipany wurde nun eine Gasse in der Leopoldstadt nach ihm benannt.

Am 6. November 1941 wurden „im Rahmen einer Sonderbehandlung“ - wie es verschleiern in einem Bericht der Gestapo Wien hieß - zwanzig Wiener Widerstandskämpfer auf Befehl des Reichsführers SS Heinrich Himmler im Konzentrationslager Mauthausen erschossen. Unter den Ermordeten waren fünf Tischler, drei Schneider, zwei Lederarbeiter, acht Arbeiter aus anderen Berufen, ein Ingenieur und ein praktischer Arzt. Sie gehörten überwiegend der Wiener tschechischen Bevölkerung an, standen also sowohl in nationaler wie ideologischer Gegnerschaft zu den Nazis. Einer von ihnen war Franz Schipany, geboren am 22. Februar 1915 in Brünn. Als sozialdemokratischer Jugendfunktionär wurde er nach 1934, in der Illegalität bei den Revolutionären Sozialisten aktiv, mehrmals ver-

haftet. Als optischer Feinmechaniker im Heereszeugamt auf der Simmeringer Haide vom Frontdienst freigestellt, organisierte er mit anderen eine Widerstandsgruppe. Von dieser wurden Antikriegsreden nachts an Wände gepinselt sowie ausländische Nachrichtensendungen abgehört, in einer Schrebergartenhütte auf Flugblättern vervielfältigt und diese auch in Briefen an Frontsoldaten weitergeschickt. Nach dem Auffliegen der Gruppe kamen die Männer nach Mauthausen und wurden ohne Verfahren erschossen, die Frauen wurden ins KZ Ravensbrück eingeliefert.



Auf Himmlers Befehl ermordet: Franz Schipany

Bei der Straßenbenennung - die Franz Schipany-Gasse ist eine Seitengasse bei Wehlstraße 305 - erinnerten Bezirksvorsteher Heinz Weißmann, SPÖ-Sektionsleiter Paul Höfinger, Schipany's Witwe Pauline Hrdlitschka und der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, an das Leben und Wirken dieses mutigen Mannes. „Mit ihm werden auch alle anderen Opfer der 'Zeit ohne Gnade' geehrt“, sagte Ströer. ■

## Landesverband Wien aktiv

Der Landesverband Wien hat in den letzten Wochen eine Reihe von Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Am Nachmittag des 1. Mai präsentierten Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Gegen Rechts“ und Genossinnen und Genossen der Wiener Parteischule ihre Ausstellung gegen Rechtsextremismus im Rahmen der Aktion der Wiener Freiheitskämpfer beim Prater-Maifest der Wiener SPÖ. Dabei konnten auch einige Mitglie-

der geworben werden. Die Bezirksgruppe Leopoldstadt unternahm am 1. Mai eine Fahrt nach Znaim zu einem gemeinsamen Fest mit tschechischen Sozialdemokraten; die Kontakte sollen weiter ausgebaut werden. Nach der Teilnahme der Wiener Freiheitskämpfer an der Befreiungskundgebung in Mauthausen am 5. Mai (siehe Seite ..) führte eine weitere Gedenkfahrt am 6. Juni in das ehemalige KZ Ebensee. Hier wie auch an der

Gedenkstätte Synagoge Steyr wurden Kränze niedergelegt.

In einer Veranstaltung (gemeinsam mit der Wiener SPÖ-Bildung) anlässlich des 60. Jahrestages des faschistischen Putsches in Spanien berichtete der Interbrigadist Hans Landauer über den Einsatz der 1.500 Österreicher, die zumeist im Bataillon „12. Februar“ der 11. Internationalen Brigade kämpften. Am 16. Juli werden die Wiener Freiheitskämpfer

beim Mahnmal für die Spanienkämpfer auf dem Zentralfriedhof für die 225 gefallenen Freiwilligen einen Kranz niederlegen.

Der Wiener Landesvorstand hat beschlossen, im Herbst mit verstärkter Kraft den Gemeinderatswahlkampf der Wiener SPÖ zu unterstützen. Im Anschluß an den 13. Oktober wird eine Werbeaktion für den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gestartet.

**Dank an Hans Waschek**

Der Bundesvorstand sprach in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 Hans Waschek für seine langjährige Tätigkeit als Redakteur des „Sozialdemokratischen Kämpfers“ Dank und Anerkennung aus. Waschek, der die Zeitschrift seit dem Jahr 1978 redigierte, hat, wie bereits in der letzten Ausgabe angekündigt, mit der Betreuung des Monatsmagazins des Pensionistenverbandes eine neue Aufgabe übernommen. Die Redaktion des „Kämpfers“ wurde vom Bundesvorstand nunmehr Dr. Manfred Scheuch, 1970 bis 1989 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, übertragen.

**Nationalfonds: Erben bezugsberechtigt**

Bekanntlich wurde im Vorjahr beim Nationalrat ein Fonds zur Erbringung von Leistungen an Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet. Der Fonds erbringt Leistungen an vom NS-Regime Verfolgte oder an Personen, die das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen. In Ergänzung zu den Bestimmungen des Bundesgesetzes, das die Bedingungen für den Anspruch auf Leistungen festlegt, wird mitgeteilt, daß im Falle des Todes von Personen, die Ansuchen eingereicht haben, bei deren Bewilligung die Erben bezugsberechtigt sind.

**Bundeshauptversammlung am 7. Dezember in Wien**

Die Bundeshauptversammlung des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wird für 7. Dezember 1996 nach Wien-Fünfhaus einberufen. Bei diese Hauptversammlung steht auch die Neuwahl des Bundesvorstandes auf der Tagesordnung.

**Mitarbeiter dieser Ausgabe:**

Herbert Exenberger, Hans Landauer, Ernst Nedwed, Manfred Scheuch, Alfred Ströer. Redaktionsschluß war 19. Juni 1996.

**SJ fordert Parteiausschluß des Welser Bürgermeisters**

Der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, Karl Delfs, fordert den Ausschluß des Welser Bürgermeisters Karl Bregartner aus der SPÖ. Bregartner halte unentwegt und unbelehrbar an rechtsextremen Symbolen in der Stadt fest. Delfs begründet seinen Ausschlußantrag damit, daß Bregartner ein „Ultimatum“ des SPÖ-Bundespartei-vorstandes mißachtet hat, wonach er bis zum Bundespartei-tag im Oktober 1995 dafür hät-

te Sorge tragen müssen, daß auch die anderen rechtsextremen Symbole in seiner Stadt beseitigt werden. Noch immer unterstützt Bregartner den Österreichischen Turnerbund (ÖTB), noch immer ist die ÖTB-Halle nach dem einstigen NSDAP-Kreisschulungsleiter Moritz Etzold benannt und mit einem „Turner-Hakenkreuz“ verziert. Der SPÖ Vorstand hat nun eine Kommission eingesetzt.

**Niederösterreich**

Mit *Leopoldine Puhl* ist eine unserer Treuesten von uns gegangen. Die stets engagierte Sozialdemokratin und Kämpferin für Gerechtigkeit starb im Alter von 89 Jahren und wurde am Friedhof in Stein zur letzten Ruhe bestattet. Sie kam mit 16 Jahren in die Tabakwerke und war dort wegen ihrer Hilfsbereitschaft bei den Kollegen beliebt. Ihrer Ehe entstammten zwei Söhne. Einer starb, als sie zwischen Dezember 1942 und Frühjahr 1945 wegen Unterstützung einer in Not geratenen Familie eines Widerstandskämpfers inhaftiert war. Die Haft lastete ihr Leben lang schwer auf ihrer Gesundheit.

**Wien**

Professor *Mag. Wilhelm Krula* ist im 87. Lebensjahr von uns gegangen. Er war schon vor 1934 in der Arbeiterbewegung tätig. Als aktiver Schutzbündler war er im Widerstand gegen die Austrofaschisten aktiv. Nach seinem Kriegsdienst begann er seine Tätigkeit im ÖGB-Bildungsreferat. Er war ein gefragter Referent in der Gewerkschafts- und

Tätigkeit wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Republik und mit dem Josef Luitpold-Stern-Preis ausgezeichnet. *Oberschulrat Franz Gawlik* weilt nicht mehr unter uns; er starb im Alter von 82 Jahren. Gawlik war langjähriger Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Rudolfsheim und von 1965 bis 1983 Wiener Gemeinderat. Auch er war in der Illegalität als Revolutionärer Sozialist im Widerstand gegen die faschistischen Diktaturen aktiv.

**Unsere Toten**

der Parteischule; zeitweise leitete er das Schulungsheim der Arbeiterkammer Oberösterreich. Für seine volksbildnerische

*Hinweis:* Aus Umstellungsgründen können wir die Geburtstagsgratulationen für den Berichtsraum erst in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

**Impressum:**

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1160 Wien, Sandleitengasse 15-17, Telefon 489 97 75-31. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.

HERRN

DUR. NR.: 0029106/323

JOHANNES SCHWANTNER  
DARINGERG. 14/25/6  
1190 WIEN